Joachim Schieren
Prof.-Schröder Str. 3
52511 Geilenkirchen

Geilenkirchen, den 5.5.2015

Kreis Heinsberg

**52525 Heinsberg
(vorab via eMail)**

Bürgerantrag gem. § 24 GO/NRW/ § 16 Hauptsatzung des Kreises Heinsberg

Sehr geehrte Damen und Herren!

Diese Eingabe verfolgt das Ziel die Auswirkungen der Kommunalisierung des Rettungsdienstes auf die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Hilfsorganisationen im Kreis Heinsberg zu untersuchen und diese ggf. zu verbessern.

Anregung:

Es wird angeregt die Auswirkungen der Kommunalisierung des Rettungsdienstes auf die ehrenamtliche Tätigkeiten der Helferinnen und Helfer im Kreis Heinsberg zu untersuchen und ggf. Verbesserungsmaßnahmen einzuleiten um die Aufwuchsfähigkeit zu erhalten.

Begründung:

Bedarfsplan 2015

Der Bedarfsplan 2015 befindet sich derzeit in Beratung der zuständigen pol. Gremien des Kreises Heinsberg. Neben dem dargestellten Mehrbedarf und den damit verbundenen Kostensteigerungen fällt insbesondere auf, dass der im Anhang beigefügte Plan für den Massenanfall von Verletzten (MANV) aus dem Jahr 2009 stammt, also nicht aktualisiert wurde. Weiterhin fällt auf, dass eine Hilfsorganisation in den ehrenamtlichen Planungen offensichtlich keine Rolle mehr spielt. Die Johanniter Unfall Hilfe (JUH) wird bei der Personalbeschreibung nicht mehr erwähnt. Dies ist jedoch nachvollziehbar, im Jahr 2012 leistete die JUH 4608 Stunden und im Jahr 2013 2437 Stunden Einsatzpraxis (siehe Anlage1). Allerdings gab es seitens der JUH keine Mitwirkung bei Sanitätsdiensten und keine

Mitwirkung bei den Einsatzeinheiten. Somit dürfte das dort dargestellte Engagement für die Aufwuchsfähigkeit bedeutungslos sein.

Einsatzeinheiten

Der Kreis Heinsberg ist wie alle anderen Gebietskörperschaften in NRW auch zur Vorhaltung von 4 Einsatzeinheiten NRW verpflichtet. Diese Einheiten werden in NRW von den anerkannten Hilfsorganisationen gestellt. Sie sind multifunktionell und werden landesweit dann im Rettungsdienst tätig, wenn eine größere Anzahl an Verletzten oder Erkrankten Menschen vorliegt. Das dort eingesetzte Personal muss zwingend Einsatzerfahrungen aufweisen, ohne diese wären Sie im MANV Fall nicht zu gebrauchen. Diese Erfahrungen lassen sich ausschließlich im laufenden Rettungsdienst gewinnen. Die seltenen Einsätze bei Veranstaltungen sind dazu ungeeignet.

Der Kreis Heinsberg stellt derzeit in seiner Gebietskörperschaft lediglich 3 Einsatzeinheiten. Eine gemeinsame Einheit der JUH und MHD wurde in den Kreis Düren verlagert, da im Kreis Heinsberg keine Helfer mehr zu ausreichenden Besetzung zur Verfügung standen .

Somit hat der Kreis Heinsberg also 25 % Personalverlust im Bereich des Ehrenamtes bereits erlitten.

Niemand möchte vor dem Hintergrund der durch die Kommunalisierung erschwerten Beschäftigungsmöglichkeiten für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer hoffen, dass es zu größeren Schadenslagen kommt, es ist jedoch zwingend erforderlich das ehrenamtliche Personal sinnvoll und ausreichend zu beschäftigen, wer nur in Theorie übt ohne die erlernten Kenntnisse auch praktisch anwenden zu können, wer nie auch die Erfolge des persönlichen Handelns erlebt, der wird nicht auf Dauer sein Engagement aufrecht erhalten.

Veranstaltungen

Die sanitäts- und rettungsdienstliche Betreuung von Veranstaltungen ist ein traditionelles Betätigungsfeld der Hilfsorganisationen. Der Einsatz der Hilfsorganisationen hinsichtlich der im Bedarfsfall anfallenden Transporte, wird in einem ministeriellen Erlass des Landes geregelt. Jedoch unterscheidet das Rettungsdienstgesetz NRW nicht zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen Mitarbeitern, vor dem Gesetz sind bekanntlich alle gleich und müssen die gleiche Qualifikation hinsichtlich Ihrer Ausbildung und Fortbildung erfüllen. Somit ist also auch hier eine Tätigkeit im laufenden Rettungsdienst zwingend erforderlich. Prognostisch schwierig ist bereits jetzt für die Hilfsorganisationen die Gestellung von Rettungsassistenten bzw. künftig Notfallsanitätern. Diese Qualifikationen dürfte künftig für ehrenamtliche Helfer nahezu unerreichbar sein. Insofern ist auch in diesem Segment damit zu rechnen, dass eine vollständige Besetzung der Fahrzeuge Hilfsorganisationen künftig ohne Fremdhilfe kaum möglich ist. Sollten sich die Hilfsorganisationen auch aus diesem Bereich zurückziehen (müssen) blieben lediglich die Möglichkeiten, Hilfe aus anderen Kreisen in Anspruch zu nehmen oder dies mit hauptamtlichem Personal der RDHS gGmbH durchzuführen. Ob die entstehenden Kosten für die Vereine bzw. Veranstalter bezahlbar sind, dürfte sehr fraglich sein.

Aus- und Fortbildung

Die der beigefügten Tabelle ersichtlichen Stunden im Bereich der gesetzlich vorgeschriebenen Fortbildung zeigen sehr deutlich, dass dieses Angebot von den Helferinnen und Helfern nicht angenommen wird. Dieser Umstand lässt sich auch durch Aussagen wie:

Für die Bewältigung von Großschadenslagen haben sich in Deutschland über viele Jahre Strukturen etabliert, die auf eine Einbindung von ehrenamtlichen Kräften setzen. Zweifelsfrei sind die Kreise und die kreisfreien Städte als Verantwortliche auf die Einbindung von etablierten Hilfsorganisationen angewiesen.

(Quelle: Der Landkreis, April 2013, Verfasser Ralf Rademacher Geschäftsführer RDHS)

Gleichzeitig ermögliche die Kommunalisierung eine verbesserte Ausbildung von Ehrenamtlern im Bereich des Katastrophenschutzes, für die sich die Politik nachdrücklich einsetze.

..Zur entsprechenden Umsetzung wird die Verwaltung beauftragt, ein entsprechendes Schulungskonzept in Abstimmung mit der Leitung des neuen kommunalen Betriebes zu erstellen.

(Quelle: Beschluss des Kreistages vom 22.2.2011)

wie wichtig die Hilfsorganisationen (neben ihrem vielfältigen Spektrum weiterer Aufgaben) auch im Bereich der Hilfeleistung bleiben, zeigt alleine die Tatsache, dass sie bei der Großschadensabwehr unverzichtbar sind. Bei einem Massenanfall von Verletzten, der nicht allein vom Rettungsdienst bewältigt werden kann, kommen nämlich die von DRK, JUH und MHD besetzten vier Einsatzeinheiten zum Zuge. Die Einbindung der Hilfsorganisationen mit ihrem Ehrenamt in den Rettungsdienst lag denn auch der Kreispolitik bei der Entscheidung zur Kommunalisierung sehr am Herzen .

(Quelle: Aachener Zeitung)

nicht beschönigen

Mitwirkung im Rettungsdienst

Den Hilfsorganisationen wurde die Mitwirkung unterhalb des Ausschreibungszwanges sowie die Abdeckung des Spitzenbedarfs in Aussicht gestellt und später vertraglich fixiert.

Beispielsweise konnte ein sog. SET- RTW besetzt werden, es war allgemein bekannt, dass dieser RTW nur gelegentlich zum Einsatz kam, dies größtenteils zu den normalen Einsatzzeiten, also tagsüber innerhalb der Woche. Eine Besetzung des Fahrzeuges in den Abendstunden oder am Wochenende hätte für das eingesetzte ehrenamtliche Personal regelmäßig zu einer Nullschicht geführt.

Hinsichtlich dieses SET-RTW erfolgt die vertraglich geregelte Vergütung nur im Einsatzfall (wie auch im PTZ 10 Fall) mit einer Vergütung von 15 €/ Personalstunde. Allein die gewählte Vergütungsart zeigt das monetäre Dilemma in den sich die Hilfsorganisationen befinden dürften. Anders als im Bereich der RDHS – der sehr personalkostenintensiv ist- fallen bei den Hilfsorganisationen im ehrenamtlichen Bereich nahezu keine Personalkosten an. Hier fallen die Kosten im Bereich der Vorhaltung der Rettungsmittel also bei Fahrzeugen, Medikamenten, med. techn. Geräten und Schutzbekleidung an.

Die Erstattungen der RDHS an die Hilfsorganisationen dürften sich in einem so geringen Bereich bewegen, dass diese nicht einmal in der Lage sind, davon die Kosten für die Verbrauchsmaterialien auf den vorgehaltenen Fahrzeugen zu begleichen.

Von einer Einbindung unterhalb des Ausschreibungszwanges könnte man jedoch auch eine faire Vergütung der Hilfsorganisationen erwarten. Erst recht vor dem Hintergrund der zu erwartenden neuen (höheren) Gebühren.

Anregung:

Es wird angeregt, die Erstattungen an die Hilfsorganisationen offen zu legen.

Wegfall des Ehrenamtes

Die Abschaffung des Wehrdienstes einerseits und die Kommunalisierung des Rettungsdienstes andererseits haben im Kreis Heinsberg zu einer Schwächung des Ehrenamtes geführt, darüber dürfte es auf keiner Ebene Dissens geben.

Insgesamt 198 Helferinnen und Helfer haben die Hilfsorganisationen (DRK und MHD) im Kreis Heinsberg in der so genannten Doppelbesetzung für die derzeit noch vorhandenen 3 Einsatzeinheiten zu stellen. Sofern diese einen weiteren Personalverlust erleiden wären folgende Szenarien denkbar:

- Übertragung der Einsatzeinheiten an die Feuerwehren, sofern diese überhaupt über freie Personalkapazitäten verfügen
- Gründung eines kommunalen gemeinnützigen Vereins oder Regieeinheit des Kreises Heinsberg
- Gestellung von hauptamtlich besetzten Einsatzeinheiten

Die damit verbundene Kostenentwicklung für den Haushalt des Kreises kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden, damit müssten sich Haushaltsexperten auseinandersetzen.

Für das Los der Hilfsorganisationen im Kreis ist eine Vielzahl von Personen verantwortlich, dies sind nicht nur beteiligte Politiker, sondern Gutachter, Verwaltungsmitarbeiter und letztlich auch Oberkreisdirektoren.

Die derzeitigen Vereinbarungen mit den Hilfsorganisationen erscheinen ungeeignet um das ehrenamtliche Engagement zu fördern. Es ist zu befürchten, dass die Vereinbarungen insgesamt ins Leere laufen.

Niemand kann ein Interesse daran haben, dass der ehrenamtliche Bereich in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr des Kreises Heinsberg kollabiert. Die Novellierung des Rettungsdienstgesetzes, die Bereichsausnahme der EU eröffnen auch dem Kreis Heinsberg den vor der Kommunalisierung fehlenden Spielraum zum sinnvollen Einsatz der Hilfsorganisationen. Sollte jedoch eine der o.g. Lösungen favorisiert werden, dann sollten Sie den Helferinnen und Helfern auch sagen:

Wir brauchen Sie nicht mehr.

(Joachim Schieren)